

Der Vorsitzende**TÄTIGKEITSBERICHT DER SPE-FRAKTION AN DEN KONGRESS DER SPE****Dezember 2006**

Die erste Hälfte der Wahlperiode ist erfolgreich verlaufen. Obwohl wir nur die zweitgrößte Fraktion stellen, sind wir doch politisch richtungweisend. Entschlossenheit und Geschlossenheit haben uns zur aktiven Kraft im Europäischen Parlament gemacht, und wir sind in der Lage, das politische Geschehen in unsere Richtung zu lenken.

In der großen Mehrzahl der Fälle haben wir im Vergleich zu den anderen Fraktionen und insbesondere im Vergleich zur EVP größere Geschlossenheit bewiesen. Deshalb haben wir in inhaltlicher und verfahrenstechnischer Hinsicht eindeutig eine führende Rolle gespielt. Unsere Unterstützung ist für die Kommission unverzichtbar, doch wir erleben auch, dass wir solide Mehrheiten aufbauen können, um Kommissionsvorschläge zu ändern, wie unser großer Erfolg bei der Dienstleistungsrichtlinie gezeigt hat.

Entscheidenden Anteil hatte die Fraktion an der Umbesetzung der Barroso-Kommission. Weil wir uns einig waren, musste Präsident Barroso einlenken, Buttiglione und Udre durch andere Kommissare ersetzen und auch den Zuschnitt der Aufgabenbereiche ändern. Somit hat das Parlament dank des Vorgehens der Sozialdemokraten erstmals in der Geschichte die Struktur der Kommission mitgestaltet. Erst vor kurzem konnten wir mit dem gleichen Zusammenhalt und mit der gleichen Stärke einen anderen rumänischen Kandidaten für die Kommission fordern.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat auch eine Reihe organisatorische Veränderungen vorgenommen, um der erweiterten Union gerecht werden zu können. Erneut übernahm die Fraktion eine Vorreiterrolle, indem sie die Tätigkeit zweier Referate (Erweiterung; Mittelmeer und Naher Osten, letzteres besteht erst seit einiger Zeit) förderte, die nicht nur inhaltliche Überlegungen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, sondern auch zur Verbesserung der Beziehungen mit den Ländern im Osten und Süden anstellen. Eine weitere Änderung war die Bildung von fünf horizontalen Arbeitsgruppen, die eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Ausschüsse bei übergreifenden politischen Themen ermöglichen.

Auch die enge Zusammenarbeit zwischen unserer Fraktion und der SPE unter Führung von Poul Nyrup Rasmussen stellt ein äußerst wichtiges Element unserer guten Arbeit dar.

An einige unserer wichtigsten Erfolge sei hier erinnert:

Erweiterung

Unsere Fraktion vertritt eine positive, realistische und zukunftsorientierte Haltung zur Erweiterung der EU. Die Erweiterung unserer Fraktion um neue Kollegen aus den zehn neuen Mitgliedstaaten verlief sehr erfolgreich.

Unsere neuen Kollegen haben sich sofort an den Entscheidungsprozessen beteiligt und dabei ihre Erfahrungen und ihr Engagement eingebracht.

Im Gegensatz dazu verliert die EVP-Fraktion durch Allianzen mit verschiedenen Kräften, darunter antieuropäische und populistische Bewegungen, immer mehr an innerem Zusammenhalt, während unsere Stärke darin besteht, progressive Allianzen auf der Grundlage gemeinsamer Werte aufzubauen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen herausragenden Beitrag zur erfolgreichen Erweiterung geleistet indem sie sich klar für die Integration einsetzt.

Wir betrachten die Erweiterung als einzigartige Chance für Europa. Deshalb waren wir gegen die Option einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei und die Einführung neuer Beitrittsbedingungen. Eine entscheidende Rolle spielte die SPE-Fraktion bei der Erarbeitung des Standpunkts des EP, mit dem der Europäische Rat zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei aufgefordert wurde (Bericht Eurling, Dezember 2004). Während die EVP zutiefst gespalten war, demonstrierten wir die Einheit der SPE-Abgeordneten.

Am Vorabend des Beitritts von Rumänien und Bulgarien blicken wir weiter in die Zukunft Europas und begleiten die Fortschritte der Kandidatenländer (Türkei, Kroatien und EJRM). Wir begrüßen die Anstrengungen dieser Länder, betonen aber zugleich, dass es keine Abstriche an den Kopenhagener Kriterien geben darf.

Der Vertrag von Nizza bietet jedoch keine geeignete Grundlage für künftige Erweiterungen; wir müssen daher die Staats- und Regierungschefs an ihre Pflicht erinnern, den Verfassungsprozess bis zu den nächsten Europawahlen abzuschließen, um Verzögerungen bei den laufenden Beitrittsverhandlungen zu vermeiden.

Die Verfassung

Es bleibt offen, ob die Verfassung jemals in ihrer jetzigen Form in Kraft treten wird, doch eines ist sicher: Europa braucht die in der Verfassung enthaltenen Reformen, um arbeitsfähig zu bleiben.

Die Sozialdemokratischen Fraktion ist der Meinung, dass es nicht angebracht ist, vor dem Abschluss der Debatte über die Zukunft Europas etwaigen Schlussfolgerungen vorzugreifen oder mögliche Optionen auszuschließen. Obwohl der Ratifizierungsprozess in eine Sackgasse geraten ist, müssen wir uns dennoch vor Augen halten, dass die dem Text zugrunde liegenden Werte und Prinzipien weiterhin gültig sind und dass wir ein starkes Europa brauchen, um Maßnahmen entsprechend unseren politischen Prioritäten durchzusetzen.

Die Verfassung sorgt für mehr Klarheit über Charakter und Zielsetzungen der Union, mehr demokratische Rechenschaftspflicht, mehr Effektivität und eine stärkere Rolle der EU in der Welt; vor allem aber gibt sie den Bürgern mehr Rechte (Bericht Corbett, Januar 2005, Bericht Duff/Voggenhuber, Januar 2006).

Die Sozialdemokratische Fraktion weist auf die Notwendigkeit einer Lösung hin, die der EU ein wirksames und sicheres Funktionieren ermöglicht. Im Juni 2006 bestätigte die Annahme

des Entschließungsantrags Leinen das Engagement des EP und der SPE, bis 2009 eine konstitutionelle Lösung zu erreichen.

Unser Wirtschafts- und Sozialmodell

Die Sozialdemokratische Fraktion ist zu einer Referenz in Sachen Soziales Europa geworden und hat einige wichtige Dokumente in diesem Bereich mit Bezug auf die Lissabon-Agenda erstellt, darunter das Positionspapier „Ein Europa der Spitzenklasse“.

Die Sozialdemokratische Fraktion sorgt dafür, dass die Lissabon-Agenda am Leben erhalten wird. So haben wir die Bildung einer ausgewählten Gruppe von 33 Europaabgeordneten vorgeschlagen und durchgesetzt, um diese Frage koordinierter angehen zu können (die G 33). Wir unterstützen Initiativen für eine bessere Economic Governance und eine europäische Regulierung der Finanzmärkte.

Außerdem treten wir für den Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ein.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist nach wie vor diejenige Parlamentsfraktion, die sich am nachdrücklichsten und erfolgreichsten für die Rechte der Arbeitnehmer in der EU einsetzt. Wir setzen uns auch weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hochwertige Arbeitsplätze und geregelte Arbeitszeiten ein. Nach der erfolgreichen Annahme des Berichts Cercas über die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie im Mai 2005 bedauern wir die derzeitigen verhärteten Positionen dazu im Rat: Ohne eine Einigung bleiben Begriffe wie „Flexicurity“ und Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Arbeitnehmer nur leere Worthülsen.

Wir stehen für ein sozial gerechtes Europa mit besseren Arbeitschancen und mit einer sicheren Umwelt. Wir sind für ein neues Konzept der Unionsbürgerschaft nach dem Grundsatz der Rechte und Pflichten für alle.

Dienstleistungen

- Dienstleistungsrichtlinie

Die Dienstleistungsrichtlinie war wohl die bisher am heftigsten umstrittene Frage und der Bericht Gebhardt einer der größten Erfolge unserer Fraktion und des Parlaments seit den ersten Direktwahlen.

Es ist uns gelungen, eine grundsätzliche inhaltliche Richtungsänderung durchzusetzen: Aus einer neoliberalen wurde eine sozialorientierte Richtlinie. Die Sozialdemokratische Fraktion konnte durch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem EGB den Stein ins Rollen bringen und eine große Mehrheit dafür gewinnen, jedes Risiko für das Recht auf Arbeit auszuschließen und die geltenden Bestimmungen für die Entsendung von Arbeitnehmern beizubehalten, das Herkunftslandprinzip zu streichen, den Geltungsbereich der Richtlinie durch Ausschluss der Bereiche Gesundheit, Soziales und audiovisuelle Dienstleistungen einzuschränken und verschiedene Ausnahmeregelungen für öffentliche Dienstleistungen zu sichern.

Auf institutioneller Ebene hat das Parlament seine Linie durchgesetzt. Nach einem dreijährigen Legislativverfahren schloss das EP am 15. November dieses Dossier ab und konnte damit die Dienstleistungsfreiheit in Europa auf sozialgerechter Grundlage etablieren.

- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Zu öffentlichen Dienstleistungen im Allgemeinen vertritt die Sozialdemokratische Fraktion einen ganz klaren Standpunkt: Der Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten ist

eine entscheidende politische Frage und ein wesentliches Element des europäischen Gesellschaftsmodells. Gute Schulen und Krankenhäuser, sauberes Wasser, sichere und zuverlässige Verkehrsmittel und Energieversorgung spielen in den meisten Definitionen einer guten Lebensqualität eine Rolle. Wir fordern Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen in der gesamten Europäischen Union.

Wir waren die erste Fraktion, die einen Entwurf für eine Europäische Rahmenrichtlinie für öffentliche Dienstleistungen erarbeitet hat. Im Mai 2006 haben wir unseren Legislativvorschlag (als bislang einmalige Initiative dieser Art) veröffentlicht, und wir nutzen diese Veröffentlichung, um eine öffentliche Diskussion in diesem Bereich anzustoßen. Aufgrund der wirkungsvollen Arbeit der Sozialdemokratischen Fraktion konnten wir dieses wichtige Thema auf der politischen Agenda bereits weiter nach oben bringen und erreichen, dass die Fraktion mit der Forderung nach besseren öffentlichen Dienstleistungen identifiziert wird.

Vor kurzem nahm das EP einen Bericht an (Bericht Rapkay, September 2006), in dem die Kommission aufgefordert wird, rechtliche Initiativen in diesem Bereich vorzulegen, und in dem Vorschläge analog zu den Vorschlägen im Positionspapier der Fraktion zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unterbreitet wurden.

Zuwanderung und Integration

Das Problem der Zuwanderung ist durch die menschlichen Tragödien, die sich im Mittelmeer bei Versuchen abspielen, in die EU zu gelangen, wieder ins Rampenlicht gerückt. Auf unsere Initiative hin hat das Parlament wichtige und positive Standpunkte auf diesem Gebiet verabschiedet. Doch unsere Arbeit hat gerade erst begonnen. Die Sozialdemokratische Fraktion fordert Dringlichkeitsmaßnahmen, die auf das vielschichtige Problem der Zuwanderung und Integration eingehen. Aus diesem Grunde haben wir eine SPE-Reflexionsgruppe zum Thema Zuwanderung und Integration gebildet, die einen umfassenden Ansatz ermöglicht und uns dabei hilft, politische Ergebnisse in diesem Bereich zu erzielen.

Wir treten ein für eine gemeinsame europäische Zuwanderungspolitik, eine Europäische Charta für die Integration von Migranten sowie für EU-Verhaltenskodizes für ethische Einstellungsverfahren und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Die Mitgliedstaaten sollten auf der Grundlage der Solidarität, des Kostenausgleichs und der gemeinsamen Verantwortung tätig werden. Zudem müssen sie sicherstellen, dass die Rechte der Migranten geachtet werden und dass in der Migrationspolitik die gemeinsamen Erfordernisse der Mitgliedstaaten sowie der Herkunfts- und Transitländer Berücksichtigung finden.

Nachhaltige Entwicklung

Während alle anderen Fraktionen unter dem Druck verschiedener Lobbys mehr oder weniger gespalten waren, vertrat die Sozialdemokratische Fraktion als einzige eine geschlossene Haltung zum vielschichtigen und wichtigen REACH-Paket, für das uns die Berichterstattung zugesprochen wurde.

Das EP befürwortete in erster Lesung durch Annahme dieses Berichts eine komplexe, vom Sozialdemokraten Sacconi vermittelte Vereinbarung, die sich in hohem Maße auf den Schutz der Gesundheit der Bürger im Berufs- und Alltagsleben sowie auf die Erhaltung unserer Umwelt auswirken wird. Der Sozialdemokratischen Fraktion ist es gelungen, die Produzenten und Importeure zu verpflichten, ihre Chemikalien zu analysieren und nachzuweisen, dass sie entweder unbedenklich sind oder dass ihre Verwendung notwendig und streng kontrolliert ist.

Das REACH-Verfahren ist ein hervorragendes Beispiel für unsere Priorität, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung einerseits und Verbraucherschutz

andererseits herzustellen. Das Parlament absolviert derzeit seine zweite Lesung, und wir setzen uns für ein Endergebnis ein, das dem ursprünglichen Standpunkt des EP so nahe wie möglich kommt.

Energie und Forschung

Die Sozialdemokratische Fraktion hat soeben ein Dokument über „Eine nachhaltige gemeinsame Energiepolitik für Europa“ verabschiedet. Diese Arbeit ist das Ergebnis intensiver interner und externer Gespräche und Konsultationen. Das Dokument wird nunmehr den Staats- und Regierungschefs und der Europäischen Kommission übermittelt, und zwar rechtzeitig im Vorfeld der ersten Strategischen Überprüfung der Energiepolitik für Europa durch die Kommission und vor dem Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft, während derer der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates voraussichtlich eine Energiepolitik für Europa festlegen wird.

In ihrem Papier fordert die Sozialdemokratische Fraktion eine gemeinsame außenpolitische Energiestrategie sowie weitere Entwicklungen im Hinblick auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und saubere Energietechnologien. Wir sind für die Vollendung des Binnenmarktes für Gas und Strom, für Energiesolidarität zwischen den Mitgliedstaaten und für die Vollendung der transeuropäischen Energienetze.

Die Frage einer guten Energiepolitik ist eng mit der Problematik des Klimawandels verknüpft und stellt eine der Möglichkeiten dar, diesen zu bekämpfen. Deshalb bilden Maßnahmen in diesem Bereich einen unserer Hauptschwerpunkte.

Was die Forschung betrifft, haben wir einen Beitrag zur Annahme des 7. Rahmenprogramms geleistet, und die Sozialdemokratische Fraktion konnte zudem die europäische Finanzierung der embryonalen Stammzellenforschung aufrechterhalten. Die Verabschiedung dieses Kompromisses war ein großer Erfolg für die Fraktion.

Die wichtige globale Rolle Europas

Die Sozialdemokratische Fraktion setzt sich für eine Verhinderung und Lösung aller Konflikte auf diplomatischem Wege ein. Wir unterstützen die Beendigung aller Formen der Gewalt und die Aufnahme eines neuen und aufrichtigen Dialogs zwischen allen beteiligten Seiten. Europa agiert nunmehr als privilegierter Partner in Friedensprozessen. Daher bemühen wir uns um die Verbesserung unserer Beziehungen zu politischen Partnern und um die Verstärkung unserer Aktivitäten in den betreffenden Ländern.

Besonders erfolgreich konnte die Fraktion die Führung bei den schwierigen interinstitutionellen Verhandlungen über die "Externen Aktionssinstrumente" der EU im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik übernehmen. Dabei ist es der Sozialdemokratischen Fraktion gelungen, von der Kommission einen Legislativvorschlag über ein gesondertes Finanzinstrument für Demokratie und Menschenrechte einzuholen, und wir haben als einzige Fraktion Vorschläge zum politischen Inhalt des Instruments zur Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt, die den Weg zu einer erfolgreichen Einigung sowohl über den Inhalt als auch über die Rolle und die Vorrechte des EP ebneten.

Naher Osten

Die Sozialdemokratische Fraktion ist in diesem Bereich sehr aktiv. Auf unsere Initiative hin verabschiedete das EP mehrere Entschlüsse zum Nahen Osten, in denen weitgehend unsere Standpunkte zu dieser Krise zum Ausdruck kommen und die als Grundlage für eine entsprechende politische Plattform dienen können.

Es liegt auf der Hand, dass es keine militärische Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern geben kann, und in Anbetracht der humanitären Krise ist diplomatisches Handeln dringend erforderlich. Aus diesem Grunde beabsichtigt die Sozialdemokratische Fraktion, den Dialog aufrechtzuerhalten und zum Friedensprozess in der Region beizutragen, indem sie im Frühjahr 2007 eine Konferenz unter Teilnahme von Vertretern maßgeblicher Länder und internationaler Organisationen veranstaltet, um Anstöße für weitere Initiativen zur Förderung des Dialogs und zur Schaffung eines Rahmens für einen Verhandlungsprozess zu vermitteln.

Kampf gegen den Terrorismus und Achtung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten

Im Zuge der wachsenden Kontroverse um den von den USA geführten „Krieg gegen den Terror“ schloss sich das EP den gemeinsamen parlamentarischen Untersuchungen in ganz Europa zu den so genannten „außerordentlichen Überstellungen“ an. Der seriöse Zwischenbericht (des Sozialdemokraten Claudio Fava, Juli 2006) wurde aufgrund des Einsatzes der Sozialdemokraten mit großer Mehrheit angenommen, während die konservativen Kräfte wieder einmal in der Mitte gespalten waren.

Auf Anregung der Sozialdemokratischen Fraktion bereitete das EP den Weg für die öffentliche Erklärung des Rates, dass das Lager von Guantánamo so schnell wie möglich geschlossen werden muss. So machte die Sozialdemokratische Fraktion ihren Standpunkt deutlich, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht die Grundrechte des Einzelnen verletzen darf und dass wir einen ausgewogenen Ansatz benötigen, der sowohl der Wahrung der Menschenrechte als auch den Sicherheitsaspekten Rechnung trägt. Die Lehre daraus muss sein, dass sich so etwas nicht wiederholen darf.

Besuche und Gespräche in der Fraktion

Liste der Persönlichkeiten, die der Fraktion einen Besuch abgestattet haben (s. Original EN)

Trotz all unserer Erfolge bleibt noch viel zu tun. Wir werden den Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Verwirklichung unserer Werte und Grundsätze fortführen.

Vor der Sozialdemokratischen Fraktion stehen neue Herausforderungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem zunehmenden Neokonservatismus und Rechtspopulismus. Eine unserer zentralen Aufgaben besteht zudem darin, der Globalisierung eine menschliche und soziale Dimension zu verleihen. Darüber hinaus leisten wir unseren politischen und praktischen Beitrag, damit Europa als Hauptakteur bei der multilateralen Konfliktprävention und Konfliktlösung wirken kann.

Martin Schulz